

## Virologie der Alleingänge

Ästhetische Politik in der Corona-Krise

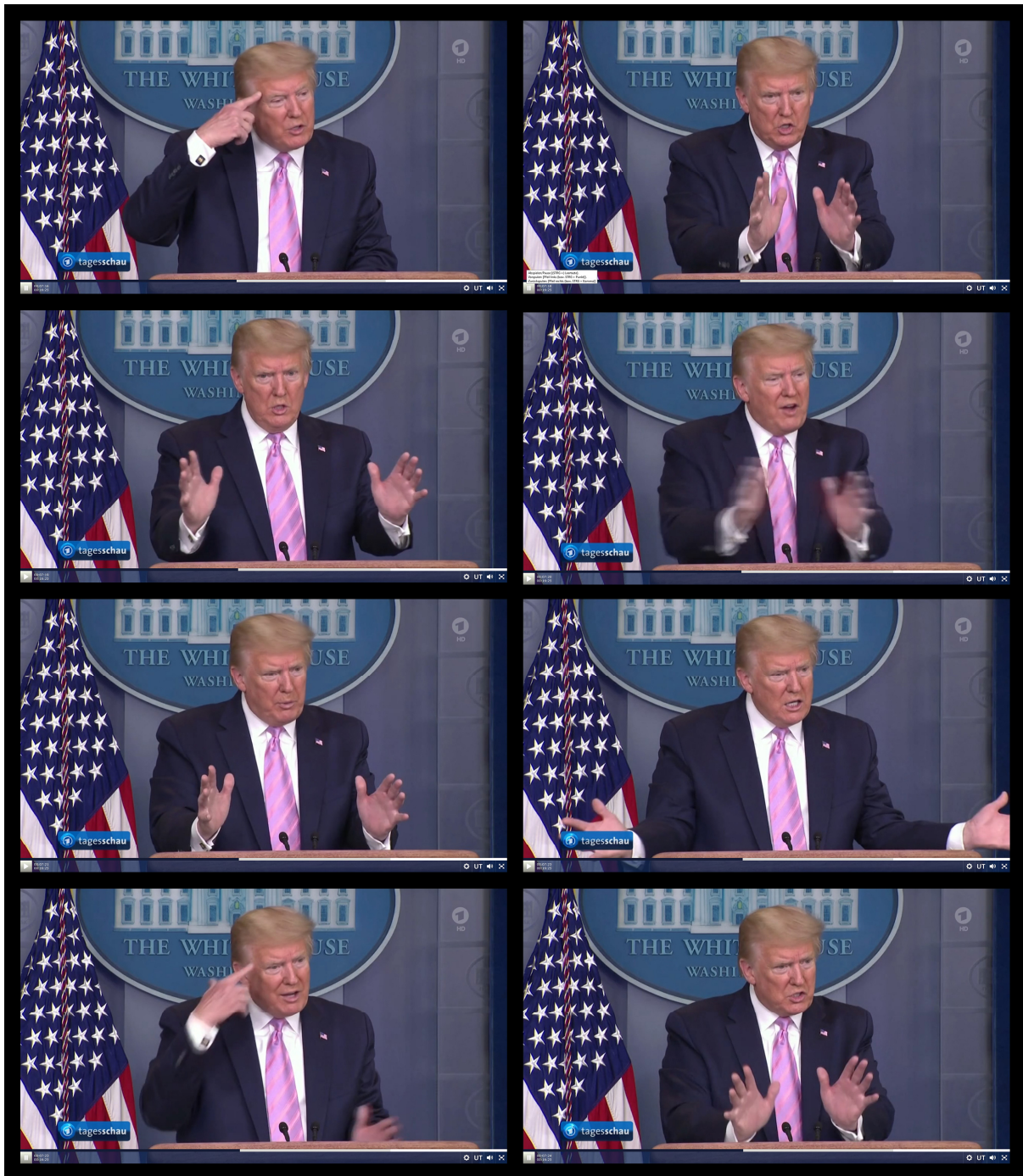
Von Jörg Probst.

### Verordnungen

„Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker“ – ein jeder kennt diesen Satz, der auf Beipackzetteln von Medikamenten steht oder in der Funk- und Fernsehwerbung als Sicherheitshinweis im Anschluss an Werbetrailer für Arzneien eilig verlesen wird. Irgendwann wird diese Formulierung auch einmal auf Verpackungen von Heilmitteln gegen den Covid-19-Virus zu finden sein. Irgendwann – d.h. auf jeden Fall zu spät für sofort notwendige planvolle Entscheidungen zur Bekämpfung der Pandemie.



**Abb.1:** „Meine Maßstäbe sind alle hier drin“ – Donald Trump erklärt die Kriterien seiner Entscheidungen in der Corona-Krise, Pressekonferenz im Weißen Haus, 10.April 2020, Videostill.



**Abb.2:** „Meine Maßstäbe sind alle hier drin“ – Donald Trump erklärt die Kriterien seiner Entscheidungen in der Corona-Krise, Pressekonferenz im Weißen Haus, 10. April 2020, Sequenz, Videostills.

Seit Beginn der gegenwärtigen Corona-Krise lässt die Wissenschaft keinen Zweifel darüber aufkommen, dass es Monate dauern wird, bis Impfungen gegen die neuartige und hochansteckende Krankheit zur Verfügung stehen. Vermutlich ist die medikamentöse Behandlung der Lungenkrankheit erst 2021 möglich. Bis dahin

müssen hygienische Maßnahmen getroffen werden, die eine massenhafte Ansteckung und die dann eintretende und für eine große Anzahl von Patienten tödliche Überlastung des Gesundheitssystems verhindern. Weil diese Maßnahmen stark in das soziale Leben eingreifen, werden sie von Ärzten nur empfohlen, aber von Politikern „verordnet“. Bei der Seuchenbekämpfung gehen Medizin und Staatsräson ineinander über – ohne jedoch ineinander aufzugehen.

Auch in „Corona-Zeiten“ erfordert politisches Handeln nicht medizinisches, sondern politisches Denken. Wie aber kann dieses politische Handeln gelingen in einer medizinischen Frage von Leben und Tod, die Kompromisse oder sekundäre kultur- und wirtschaftspolitische Argumente nicht zulässt und daher Medizinern zu überlassen wäre? Donald Trump gab auf diese Frage in einer Pressekonferenz im Weißen Haus zur Corona-Krise am 10. April 2020 eine bei ihm zu erwartende Antwort. Die Maßstäbe seines politischen Handelns würden ganz in ihm selbst liegen (dabei auf seinen Kopf zeigend), er könne fünfunddreißig Meinungen hören und die Entscheidung müsse doch er ganz alleine fällen (**Abb.1+2**). Erneut erweist sich der Fall dieses Präsidenten als beklemmende antidemokratische Wiederkehr von Intuition und Instinkt in regierungspolitischen Entscheidungssituationen.<sup>1</sup>

Doch welche Alternativen dazu gibt es für die Politik in einer Lage, in der nicht die Politik, sondern die Medizin das Notwendige tut oder tun lässt? Spielen *generell* Motive der *ästhetischen Politik*, d.h. die Aktivierung von Intuition und Instinkt als Faktoren der politischen Entscheidung eine Rolle, wenn die Politik eine autarke Entscheidung treffen soll, aber die besondere wissenschaftliche Expertise und auch die allgemeine ethisch-moralische Kompetenz dieser Entscheidung bei der Medizin liegt und daher von der Politik nur umgesetzt, d.h. medizinisch, aber nicht politisch begründet werden kann? Wie kann Politik eigenständige Entscheidungen in

---

<sup>1</sup> Vgl. Jörg Probst, „original instinct“. Populismus in der Bild- und Ideengeschichte der ästhetischen Politik (d.i. Neue ideengeschichtliche Politikforschung – NiP, Bd. 11, Marburg: Universitätsdruck 2017 und ders., „Was ist ‚ästhetische Politik‘? Donald Trumps ‚Sanctions are coming‘-Tweet als icon des neuen Populismus, in: Isabelle-Christine Panreck (Hg.), Populismus – Staat – Demokratie, Wiesbaden: Springer VS (im Druck).

Belangen wie der Pandemie-Bekämpfung fällen, bei der nicht politisches, sondern medizinisches Wissen entscheidend ist?<sup>2</sup>

### **Politische Medikamente**

Die fragile und so leicht in die Indoktrination kippende Beziehung von Medizin und Politik wird derzeit gefährdet nicht durch zu große Nähe, sondern durch zu große Diskrepanz in einem bestimmten Punkt. Dies betrifft die fehlende Transparenz der Politik in Bezug auf das Wissen über die politischen Folgen und Problematiken der in der Krise gewählten „Heilmittel“ und fehlende Aussagen über die politischen Erwartungen und Planungen des „Heilungsverlaufs“. Die in der Bundesrepublik seit dem 22. März 2020 wirksamen Ausgangsbeschränkungen wurden nach reiflicher Beratung mit Virologen getroffen und kein Experte hat es versäumt, darauf hinzuweisen, dass die Verantwortung für diese politischen Entscheidungen bei der Politik allein liegt. Die Medizin, so heißt es oft bei Pressekonferenzen des Robert-Koch-Instituts, könne lediglich beraten und Empfehlungen aussprechen, entscheiden jedoch müsse die Politik.

Je stärker die immer angespanntere politische Debatte in Erwartung eines Endes oder zumindest einer Linderung der Krise die Experten ins Licht der Öffentlichkeit rückt, umso deutlicher wird ein bestimmter qualitativer Unterschied zwischen Medizin und Politik in der gegenwärtigen, durch Corona diktierten Situation. Im Unterschied zu den Ärzten, die für ihr Handeln eigenständige wissenschaftliche Methoden und klar definierte medizinische Zielsetzungen angeben können und ihre Argumente aus diesen Methoden und Prognosen heraus abzuleiten und zu begründen vermögen, fehlt der Politik eine ähnlich klare und autarke, auf politischen Prämissen basierende und daher prognosefähige politische Begrifflichkeit ihrer Entscheidungen und ihres Kurses. In der Corona-Krise wird Politik nicht durch politische, sondern durch medizinische Argumente begründet. Zu stark ist die Herausforderung durch das Virus und so zwingend und prioritär ist die medizinische Bewältigung der gesundheitlichen

---

<sup>2</sup> Vgl. dazu Hinnerk Wißmann, „Alle Macht dem Virus? Die Gesellschaft und ihr Staat in der Krise“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. März 2020, S.9 und Reinhard Mehring, „‘Alles in allem sehr riskant.‘ Der Politologe Mehring über die Auswirkungen der Pandemie auf die politische Kultur“ ( Interview: Joachim Frank), in: Frankfurter Rundschau, 26.März 2020, S.4.

Risiken für das ganze Land, als dass politisches Denken noch die Grundlage politischen Handelns sein könnte. Doch die Entscheidungen muss die Politik fällen.

Zu Recht unterwirft sich die Politik der Medizin, wenn zum Zweck der Rettung von Menschenleben und der „Abflachung der Kurve“ die Konzentration auf medizinischen Maßnahmen liegt, d.h. der Verhinderung eines exponentiellen Anstiegs der Infektionszahlen und der Gefahr der Überforderung des Gesundheitssystems alle anderen politischen Belange nachgeordnet werden. Als Exekutive der Virologie tut die Politik das medizinisch Richtige und der Hinweis auf die Notwendigkeit einschneidender Maßnahmen erfolgt auch stets unter Verweis auf jene Argumente auf Grundlage der Modelle, Methoden und Prognosen, die von der Virologie über alle gewiss auch in dieser Wissenschaft vorhandenen Meinungsstreitigkeiten hinweg zur Seuchenbekämpfung entwickelt worden sind. Diese Modelle übernimmt die Politik und leitet daraus ihre Entscheidungen ab. Darin jedoch liegt das Defizit der derzeitigen Krisenpolitik gegenüber der öffentlichen Erwartungshaltung und auch gegenüber der Medizin. Da die Medizin nur für medizinische Belange sprechen und die Politik nicht ersetzen kann, ist die Politik allein für die „Verordnung“ von virologisch gebotenen Maßnahmen wie einer Ausgangssperre verantwortlich und muss diese daher auch politisch erklären können und nicht medizinisch. Ansonsten läge die Verantwortung für die virologisch begründete Ausgangssperre bei der Medizin. Ebenso wie die Medizin muss auch die Politik ihre Entscheidungen aus sich selbst heraus begründen können oder sie kann die Verantwortung dafür nicht übernehmen.

Mit ihrer absolut sinnvollen Unterordnung unter ärztliche Prämissen bei einer medizinischen Frage auf Leben und Tod tut die Politik das virologisch Richtige. Medizinisch gesehen sind die Lage und die weitere Entwicklung klar oder zumindest gestaltbar. Unklarheiten bestehen darin, wie es politisch weitergehen soll. Zum Dilemma der Lage gehört es, dass das eine das andere bedingt, d.h. die Politik sich selbst und den Bürgern gegenüber in der Corona-Krise zwangsläufig unklar bleiben muss, solange wegen der Bedrohung durch das Virus medizinische Modelle zu befolgen sind und eigene Maßstäbe zur politischen Gestaltung der Krisenbe-

wältigung nicht entwickelt werden können. Der Grund für die anhaltende und immer lauter beklagte Sprachlosigkeit der Politik in Bezug auf ein Leben nach und mit Corona liegt vor allem in dieser Asymmetrie von medizinischer Kompetenz und der Unfähigkeit zur eigenständigen Beobachtung in der Politik. In der Corona-Krise reagiert die Politik, aber die Medizin agiert.

Besonders offenkundig wird diese Asymmetrie und innere Widersprüchlichkeit des Verhältnisses von Medizin und Politik, d.h. von wissenschaftlicher Expertise und politischer Legislative in der Debatte um die Aufhebung der Ausgangssperre. Kein Zweifel kann daran bestehen, dass diese Ausgangsbeschränkungen so lange aufrechterhalten werden müssen, wie darin die beste Möglichkeit zur Abwendung von Gefahren für Leib und Leben besteht. In diesem Punkt kann von einer Asymmetrie oder gar Widersprüchlichkeit gewiss keine Rede sein, weil in dem ethisch grundsätzlich gebotenen Primat der Lebensrettung Medizin und Politik Gegensätze niemals trennen dürfen. Doch auf die Frage danach, wie es weitergehen soll, kann unter den derzeitigen lebensbedrohlichen Bedingungen nur die Medizin eine begründete Antwort geben. Sie wird von der Politik übernommen um extreme Maßnahmen wie die Ausgangssperre damit zu rechtfertigen, sodass von einer Eigenverantwortlichkeit der Politik in der Corona-Krise auch und gerade bei extremen Entscheidungen nur bedingt gesprochen werden kann. Sollte wirklich souverän sein, wer über den Ausnahmezustand entscheidet, dann wäre die Politik im Augenblick nicht nur nicht kompetent, sondern auch nicht souverän.

Mediziner müssen auf die Frage nach den Risiken und Nebenwirkungen ihrer Heilmittel eine medizinische Antwort geben können. So verlangen es schon die Medikamenten-Beipackzettel oder man könnte auch jeden anderen fragen, nicht nur Ärzte und Apotheker. In diesem Sinne muss auf Fragen nach den Risiken und Nebenwirkungen von „politischen Medikamenten“ wie einer Ausgangssperre die Politik eine politische Antwort geben können. Doch derzeit vermag die Politik auf diese Nachfrage entweder gar nicht oder mit Gesprächsverweigerungen<sup>3</sup> oder nur

---

<sup>3</sup> Dass selbst die bloße Diskussion über ein Ende der Ausgangsbeschränkungen seitens der Politik verweigert wurde, musste extra durch den Ethikrat als „obrigkeitsstaatlich“ und undemokratisch kritisiert werden, ehe man

als Echo der Medizin zu reagieren. Die Medizin jedoch fällt keine politischen Entscheidungen und vermag diese auch nicht zu verantworten, weil nicht medizinisch gedacht werden kann und darf, wenn politisch gehandelt werden soll. Die politische Zukunft nach oder mit Corona und der Ausgangssperre bleibt also so lange unklar, wie sie nicht politisch, sondern nur medizinisch verantwortet wird.

### **Ästhetische Politik in der Krise**

Donald Trumps Verweis in der Pressekonferenz am 10. April 2020 zur Corona-Krise in den USA darauf, als Präsident trotz oder gerade wegen vieler Ratschläge in seinen Entscheidungen frei und autark sein zu müssen, mag zunächst so überflüssig und so deplatziert erscheinen wie die meisten Äußerungen dieses instinktgeleiteten Politikers, der seinem Instinkt genau deshalb misstrauen sollte, weil er ihn nicht nur ausnahmsweise, sondern andauernd strapaziert. Die Übersteigerung von Gefühlen und Stimmungen lässt Zweifel und Kritikfähigkeit und damit auch Lerneffekte verkümmern. Weil das Staatsoberhaupt die Verantwortung trägt, kann und darf seine Entscheidung natürlich nicht nur das Echo der Meinung eines oder mehrerer anderer sein oder das Staatsoberhaupt würde sich selbst entmachten.

Zu dieser Erkenntnis drängt die Verantwortlichkeit gegenüber der Wählerentscheidung oder doch wenigstens das instinktive Misstrauen des Autokraten, der in jedem Berater den Neid und die Hinterlist des politischen Rivalen wittert.<sup>4</sup> Wie sehr Trump in diesem Punkt Machiavellis „Fürsten“ verkörpert, zeigte sich gleich zu Beginn der Corona-Krise durch die beharrliche postfaktische Behauptung dieses Anführers, das Virus sei „Schwindel“ und eine Erfindung der oppositionellen Demokraten mit dem Ziel, ihm politisch zu schaden.<sup>5</sup> Dass Trump am 10. April 2020 die Frage nach den Maßstäben seiner Entscheidung über die Lockerungen der Ausgangsbeschränkungen so suggestiv missverstanden, d.h. nicht die von der

---

davon abging, vgl. Martin Ganslmeier, Ethikrat fordert Debatte über Lockerungen, <https://www.tagesschau.de/inland/ethikrat-lockerung-corona-101.html> - 07. April 2020, letzter Aufruf: 12. April 2020.

<sup>4</sup> Niccolò Machiavelli, Der Fürst (ital. 1531), Berlin 1923, Dreiundzwanzigstes Kapitel. Wie man sich vor Schmeichlern hüten muss, S.119.

<sup>5</sup> Thomas Schmoll, „Das Corona-Virus killt Trumps Politikstil“, in: Capital, 19. März 2020, <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/das-coronavirus-killt-trumps-politikstil>; letzter Aufruf: 12. April 2020.

Wissenschaft empfohlenen Entscheidungskriterien erläuterte, sondern geradezu reflexhaft über sich selbst philosophierte, bezeugt die Abhängigkeit von einem bestimmten Denkstil besonders bei dieser ihm alles abverlangenden „*größten Entscheidung seines Lebens*“.<sup>6</sup>

Fast scheint es jedoch so, als wäre in einer Krise, zu deren Bewältigung die Unterordnung der Politik unter das faktische Expertenwissen der Medizin und der Virologie geboten ist, die postfaktische Politik der Intuition und der Instinkte der einzige Weg zur Aufrechterhaltung der Autonomie des Politischen. Immer wieder während der Corona-Krise zu hörende Äußerungen von Politikern, man würde von einem Tag zum anderen entscheiden und sich der Lage anpassen, waren insofern irreführend, als man sich nicht der Lage gefügt hat, sondern dem neuesten Erkenntnisstand und den jeweils angepassten Empfehlungen der Medizin. Wer in einer komplexen Lage über den Ausnahmezustand entscheiden und darin seine Souveränität erkennen will, muss die Lage mit eigenen Augen betrachten können und nicht geleitet durch die von ihm nicht geteilte, sondern nur genutzte Kompetenz von Beratern und Experten oder der politische Entscheider wird zum verlängerten Arm der Experten und dadurch zumindest symbolisch entmachtet. *In der Corona-Krise steht die Politik vor dem Dilemma, sich in ihren Entscheidungen bei Strafe einer humanitären Katastrophe der Expertise der Medizin beugen und dennoch ihre Autonomie wahren zu müssen, wenn es eine politische Verantwortlichkeit und also eine politische Zukunftsfähigkeit für diese Entscheidungen geben soll.*

So ist die als „ästhetische Politik“ zu bezeichnende Aktivierung von Intuition und Instinkt bei politischen Entscheidungen verschiedentlich als Ausweg aus diesem Dilemma gewählt worden. Hierbei bestand dieser Ausweg jedoch nur – ähnlich wie bei der sehr zweifelhaften Lösung des Gordischen Knotens durch dessen Zerschlagung – in der Leugnung der Sachlage. Dies lehren neben Donald Trump in

---

<sup>6</sup> kko, „Mit Abstand die größte Entscheidung meines Lebens.“ Trump über Coronakrise, in: Der Spiegel, 10. April 2020, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-trump-ueber-corona-mit-abstand-die-groesste-entscheidung-meines-lebens-a-33994960-591d-4e0b-b87d-9ab51e0286be> - letzter Aufruf: 12. April 2020. – Daher ist es bedeutungslos, dass Trump bei der Pressekonferenz am 10. April 2020 auch ankündigte, sich von einem Expertengremium beraten zu lassen und „geleitet werden“ zu wollen.



den USA auch Jair Bolsonaro in Brasilien oder Alexander Lukaschenka in Weißrussland. In allen diesen Fällen haben Populisten „*wissenschaftliches Wissen*“ negiert durch „*narratives Wissen*“,<sup>7</sup> d.h. die kausal-logische begründende Denkform mit der Denkform der nicht zu begründenden ästhetisch wirksamen Intuition konfrontiert. Nicht instinktiv, sondern nur kausal folgernd kann eine wissenschaftliche Argumentation nachvollzogen werden. Weil aber die Entwicklung in der Corona-Krise nur durch virologische wissenschaftliche Modelle vorhersagbar ist und diese auf kausale Folgerichtigkeit hin erstellten Modelle als Beschreibung der Wirklichkeit nur kausal-folgernd zu erschließen sind, müssen derzeit „Bauchgefühl“-Politiker wie Bolsonaro oder Trump der Wirklichkeit genauso fremd gegenüberstehen wie der Wissenschaft. Davon scheint die Ideologiekritik zu profitieren. Weil nur die kausal-logische Rationalität zur Expertise führt, diese Expertise als medizinische Beratung in der Corona-Krise die Grundlage der Politik zu sein hat, droht durch Corona ganz nebenbei der populistische Denkstil des intuitiven „Bauchgeföhls“ und des stimmungsgeliteten Instinkts „*entzaubert*“ zu werden.<sup>8</sup> Ein genialisch intuitiv oder instinktiv entscheidender Akteur wie Donald Trump muss jedoch bei Strafe seiner Entmachtung auch oder gerade in dieser nur wissenschaftlich-rational zu bewältigenden Pandemie sich selbst als „*stabiles Genie*“ treu bleiben.<sup>9</sup>

„Ästhetische Politik“ ist ein ideengeschichtliches Analyseraster, das die politische Lage beurteilt durch die Untersuchung der Denkformen, die in ihr wirksam sind. „Ästhetischer Politik“ liegt eine solche Denkform zugrunde. Das Intuitive und Instinktive als Faktor der politischen Entscheidung aktivierend, folgt „ästhetische Politik“ einer Denkform, die dem Kausal-Logischen entgegengesetzt ist. Sowohl das irrationale Intuitive als auch das kausal-logische Rationale sind Denkformen und als solche einander gleichberechtigt, aber nicht universell, d.h. nicht überall und nicht jederzeit gleichermaßen legitim. Weil Instinkt und Intuition keine Mitsprache anderer

---

<sup>7</sup> Jean-Francois Lyotard, Das postmoderne Wissen. Ein Bericht (frz.1979), Wien 1994, 9. Die Erzählungen von der Legitimierung des Wissens, S.100+102.

<sup>8</sup> Joachim Käppner, „Die Corona-Krise entzaubert die Populisten“, in: Süddeutsche Zeitung, 17.März 2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-populismus-covid-19-1.4848247> - letzter Aufruf: 12.April 2020.

<sup>9</sup> Klaus Scherer, „Im Nebel des Postfaktischen. Trump und die Corona-Krise“, in: [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de), 31. März 2020, <https://www.tagesschau.de/ausland/trump-analyse-105.html> - letzter Aufruf: 12.04.2020.

zulassen und ganz aus sich selbst heraus wirksam sind, ist diese Denkform bei der demokratischen Entscheidungsfindung nicht legitim. Umgekehrt werden Intuition und Instinkt als „ästhetische Politik“ gerade dort gepflegt, wo kritische Gegenrede und der Perspektivwechsel durch differenzierende Argumente den Entscheider nicht inspirieren, sondern die von ihm geheischte Autorität gefährden. Wenn Trumps Politikstil überhaupt stringent und prognostizierbar ist, dann darin. Nur als Gesprächsverweigerung aus dem Geist der „ästhetischen Politik“ machen Trumps eifernde Attacken gegen recherchierende Journalisten oder argumentierende Wissenschaftler irgendeinen politischen Sinn. Weil Trumps Attitüden einer Denkform folgen, können sie auch nur durch eine Kritik dieser Denkform gebrochen werden und nicht durch ein einschneidendes Ereignis wie die Corona-Krise, die Trump wie alles andere auch nur wieder seiner Wahrnehmung und seinem Denkstil unterwirft. Dass Trump die aktuellen Herausforderungen als Chance zur Selbstkritik seines prekären Politikstils nicht begriff, zeigte sich durch seine Drohungen ausgerechnet gegen die Weltgesundheitsorganisation WHO als vermeintlichem Sündenbock der Corona-Krise, um von eigenem Versagen abzulenken.

Sinnvoll scheint „ästhetische Politik“ nur im Ausnahmefall, nämlich dann, wenn die Komplexität der Situation die Möglichkeiten der Sprache übersteigt. Nur wenn die kausal folgernde Analytik und das argumentierende Abwägen von Alternativen zu keiner zukunftsfähigen Entscheidung führen, weil über den zu regulierenden Sachverhalt zu wenig oder zu viel bekannt ist und dadurch allgemein die Urteilskraft erlahmt, vermögen Intuition und Instinkt zu „retten“. Die Aktivierung dieser Denkform und das Vorkommen von „ästhetischer Politik“ ist daher das sichere Indiz einer Krise. In dem Fall mag es zu „Betriebsblindheit“ und Routine gekommen sein, die der Souveränität gefährlich werden können oder es liegt das genau entgegengesetzte und nicht weniger krisenhafte Extrem vor: die vollkommene Ahnungslosigkeit. Die zur Entscheidungsfindung notwendige Kritikfähigkeit kann nur durch jenes Maß an Distanz erreicht werden, die den Beobachtenden sowohl die Konkrettheit des Sachverhalts als auch ihre eigenen konkreten Fähigkeiten und Unfähigkeiten bewusst werden lässt. Die vollkommene Absorbierung des Entscheiders durch den ihm allzu vertrauten Betrieb ist daher ebenso zu vermeiden wie das Ausgeliefertsein

an einen Experten, der den Entscheider in allem an die Hand nehmen muss. In dem einen wie in dem anderen Fall wirken Intuition und Instinkt als Überwindung von Extremen und als extremes Erkenntnismittel eines „Sprunges“ über die Grenzen einer Person oder einer Gruppe hinaus. Henri Bergson hat diesen „Sprung“ lebensphilosophisch begründet und die Intuition als Berührung mit der Dauer (durée) des Lebensstroms (elan vital) erklärt und betont, dass es sich damit um einen Extremfall oder „Stresstest“ des Bewusstseins in einer Ausnahmesituation handelt, weil es dabei ohne Worte oder klare Begriffe auskommen muss.<sup>10</sup> Die Begriffe der Ethik, die der Politik und der Medizin gleichermaßen geboten sind, setzt natürlich keine Situation außer Kraft.



**Abb.3:** „Ich kapiere es einfach“ – Donald Trump zu Besuch im US-Zentrum für Seuchenschutz und Prävention (CDC), eine Corona-Visualisierung zeigend, 07.April 2020, Fotografie (Fotograf ungenannt), Webeintrag 2020.

Trumps Kuriosität und Gefährlichkeit besteht darin, sich durch seine Improvisationen dem „Stress“ der Intuition nicht nur ausnahmsweise, sondern andauernd

<sup>10</sup> Henri Bergson, Denken und schöpferisches Werden. Aufsätze und Vorträge, Meisenheim/Glan 1948, S.106.

auszusetzen. Die allermeisten seiner Entscheidungen können nur durch Rücksprache mit den Partnern in der EU oder der NATO oder durch die Briefings mit seinen Behörden klug und weitsichtig sein. Doch selbst bei diesen einfachen politischen Aufgaben handelt Trump so, als gäbe es keine Sprache mehr. Auch in der Corona-Krise bedarf es des Austauschs und der Beratung. Weil aber (wie in der Klimapolitik auch) in der Bewältigung der Pandemie das letzte Wort nicht bei der Politik, sondern bei der Wissenschaft liegt, schwadroniert Trump erst recht als „Virologe in Chief“ (**Abb.3**).<sup>11</sup>



**Abb.4:** „It’s total“ – Donald Trump erklärt seine Machtbefugnisse als US-Präsident in der Corona-Krise, Pressekonferenz im Weißen Haus, 14.April 2020, Videostill.

Bei der „schwersten Entscheidung in seinem Leben“ von sich selbst alles fordernd, d.h. keinen Widerspruch duldend, ist der „ästhetische Politiker“ in der Corona-Krise in totalitärer Hochform (**Abb.4**),<sup>12</sup> weil die Dominanz kausal-logischen medizinischen

<sup>11</sup> Thorsten Denkler, „Virologe in Chief. Trump und das Corona-Virus“, in: Süddeutsche Zeitung, 21.März 2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/trump-coronavirus-usa-chloroquin-1.4853266> - letzter Aufruf: 12.April 2020.

<sup>12</sup> Vgl. Daniel Friedrich Sturm, „Jetzt spricht Trump von ‚allumfassender Macht‘“, in: Die Welt, 14.April 2020, <https://www.welt.de/politik/ausland/article207239033/Corona-Pandemie-Jetzt-spricht-Trump-von-allumfassender-Macht.html> – letzter Aufruf: 15.04.2020.

Wissens Trump nur darin bestärken dürfte, durch Instinkt und Intuition allein „*einfach alles zu kapieren*“ und nur dadurch souverän zu sein und zu bleiben.<sup>13</sup>

### **Sprachspiele als Krisenbewältigung**

In den von der Pandemie betroffenen Ländern gibt es derzeit gewiss quälendere Fragen als die, sich bei der politisch souveränen Bewältigung der Corona-Krise und der damit verbundenen Unterordnung unter die medizinische Expertise Trump annähern zu müssen oder nicht. Ohnehin besteht das in den vorliegenden Betrachtungen umkreiste Dilemma nicht darin, dass in der Corona-Krise wegen der Autorität der medizinischen Expertise politische Willkür nicht mehr möglich wäre. Dass dies nicht so ist, belegt die von Trump oder Bolsonaro oder Lukaschenka auch oder gerade als Reaktion auf die Pandemie betriebene „ästhetische Politik“ der autoritären Ahnungslosigkeit. Gesucht ist stattdessen eine Politik, die ihre Entscheidungen eigenverantwortlich, also auf der Grundlage politischer Begriffe und Prämissen argumentativ nachvollziehbar treffen kann, trotzdem oder gerade weil für das Wohlergehen und die Zukunft der Gesellschaft alles auf dem Spiel steht. Weil die Bedrohung durch das Corona-Virus aber nur in sehr enger Abstimmung mit der Medizin und bei Unterordnung unter die virologische Expertise möglich ist und jede Rechtfertigung politischer Entscheidung derzeit notwendig in medizinische Argumente münden muss, steht der Gestaltungsspielraum verantwortlicher Politik, d.h. das politische Argument und die darauf aufbauende Planungssicherheit zur Disposition.

Weil Trumps „ästhetische Politik“ nur die Verantwortlichkeit einer Person bedeutet, ist auf Grundlage dieser Verantwortlichkeit Planungssicherheit nur für den möglich, der an Trump *glaubt*, d.h. dessen Instinkt und Intuition wie dem eines absoluten Führers auf Gedeih und Verderb hörig vertraut. „Ästhetische Politik“, d.h. Entscheidungen auf Treu und Glauben, können in parlamentarischen diskursiven Demokratien aber keine Sicherheit, sondern nur zusätzliches Chaos bringen. Wo das kausal-logische

---

<sup>13</sup> So erklärt sich die bizarre Ansprache Trumps im US-Zentrum für Seuchenschutz und Prävention (CDC) über sich als Naturtalent und seine Verständnisfähigkeit in wissenschaftlichen Fragen; vgl. Martin Morcinek, „Trump irritiert Virus-Experten“, in: ntv, 07.März 2020, <https://www.n-tv.de/politik/Trump-irritiert-Virus-Experten-article21625397.html> - letzter Aufruf 15.04.2020.

Argument handlungsleitend ist, d.h. mit der Dynamik der kritisch engagierten Vielstimmigkeit und des produktiven Perspektivwechsels Probleme im Wissensaustausch umfassend erschlossen und umfassend reguliert werden, haben Autokraten keine Chance. In der Corona-Krise jedoch ist das entscheidende Wissen nicht gleichmäßig verteilt. Die Vielstimmigkeit ist nicht gleichberechtigt wegen der Notwendigkeit einer primär medizinischen oder virologischen Beschreibung und Bewertung der Lage oder das Ziel der Pandemie-Eindämmung – die Rettung von Menschenleben – wäre gefährdet. Doch auch eine Institution wie die medizinische Wissenschaft kann keine politische Planungssicherheit erzeugen, obwohl oder gerade weil sich die Politik der Medizin unterordnet. Nicht medizinisch, sondern politisch muss gedacht werden, wenn politisch gehandelt werden soll oder es gibt für politische Entscheidungen nur eine medizinische, aber keine politische Verantwortlichkeit und damit auch keine politische Planungssicherheit, d.h. keine verlässliche politische Zukunftsperspektive.

Nicht die Autonomie einer Person oder einer Institution, so wäre aus alledem zu folgern, sondern die Offenheit der Kommunikation als politischer gestaltender Akt und der Grad der individuellen und institutionellen Fähigkeit zur Kommunikation in der Sache garantieren Zukunftsperspektiven. Nicht mehr Restriktionen, sondern mehr Informationen erwirken politische Sicherheit in der Corona-Krise.

Weil weder Personen noch politikfremde Institutionen, sondern nur politische Institutionen politisch zukunftsfähige Entscheidungen verantworten können, die Empfehlungen der Virologie derzeit aber kaum diskutiert, sondern nur befolgt werden können, steht die Politik in der Corona-Krise „nackt im Wind“. Oft scheint es daher so, als müsste die Politik gegenwärtig nicht nur für Sicherheit sorgen, sondern sich auch selbst in Sicherheit bringen, weil sie in dieser Krise immer auch um ihre Begriffe und um ihren Standort ringt. Nur bedingt ist dieser Eindruck darauf zurückzuführen, dass die Politik der Pandemie-Bewältigung in der Bundesrepublik mit den Bewerbungen um die CDU/CSU-Kanzlerkandidatur im nächsten Bundestagswahlkampf parallel verläuft. Die Differenzen der Politik im CSU-regierten Bundesland

Bayern und im CDU-regierten Bundesland Nordrhein-Westfalen spiegeln auch die divergenten Grundhaltungen der Politik zu sich selbst in der Corona-Krise.

Auch bei der Bewertung dieser Divergenzen kann das Analyseraster der „ästhetischen Politik“ hilfreich sein. So werden Intuition und Instinkt als Faktoren der politischen Entscheidung zweifellos nicht nur dann aktiviert, wenn die Lage scheinbar ausweglos ist oder wenn jemand niemand anderen zu Wort kommen lassen möchte. Als Wette auf mögliche Erfolge oder Entwicklungen ist „ästhetische Politik“ in parlamentarischen Demokratien auch dann wirksam, wenn wider besseren Wissens Entscheidungen gefällt werden, etwa weil diese im Konkurrenzkampf um die Wählergunst eventuell nützen könnten. In diesem Punkt ähnelt „ästhetische Politik“ der Symbolpolitik und dennoch ist beides voneinander zu unterscheiden,<sup>14</sup> zumal in der Corona-Krise. Das symbolpolitische Kommunizieren in Form von „Zeichensetzungen“ ist stark kalkuliert und weit weniger tastend oder auf einen Effekt wettend als die „ästhetische Politik“. In einer Lage, in der die Politik abhängig ist von der medizinischen Kompetenz und daher kaum für sich selbst sprechen kann, ist die Sicherheit der Symbolpolitik erst recht dahin. Bei vollkommenem Fehlen eines autonomen politischen Standpunkts kann auch kein Standpunkt öffentlichkeitswirksam überhöht und nicht „sichtbar“ gemacht werden. Ohnehin zielt „ästhetische Politik“ als Raster zur Analyse politischer Legitimität nicht auf die Untersuchung der Kommunikation einer politischen Entscheidung, sondern auf die Untersuchung der Faktoren der politischen Entscheidung. Entscheidend ist dabei nicht, ob die Politik gegenüber der Medizin autark auftritt, sondern wie sie das tut.

### **Intuitive Virologien**

In diesem Sinne ergibt sich das Problem der „ästhetischen Politik“ in der Corona-Krise bei Fragen nach den Motiven und Denkformen, die zu der viel diskutierten Verschärfung der Kontaktsperrern zu Ausgangssperren in einigen Bundesländern und der Verfügung eines Maskengebots in einigen deutschen Städten geführt haben. Zu klären wäre, ob diese politischen Entscheidungen mit dem Erkenntnisstand und den

---

<sup>14</sup> Vgl. Jörg Probst, „Salvini vor Gericht? Ästhetische Politik als Delikt“, in: Portal Ideengeschichte (Online-Publikation), PI-Essay 001/08-2019.

Empfehlungen der Virologie übereinstimmten oder diese Empfehlungen aus politischen Gründen übersteigert worden sind und womit diese Übersteigerungen begründet wurden. So wurde die von den Vereinbarungen in der Ministerpräsidentenkonferenz der Bundesländer für den 22. März 2020 beschlossene Kontaktsperrung in Bayern und im Saarland zu Ausgangssperren verschärft. Für die Zivilbevölkerung in diesen Bundesländern bestand der Unterschied u.a. darin, dass nur zusammenlebende Personen das Haus gemeinsam verlassen konnten, während in anderen Bundesländern bis zu zwei getrennt lebende Personen sich zusammen außer Haus bewegen können. Inzwischen hat sich Bayern dieser Auflage angepasst.<sup>15</sup>

Eine andere Form des behördlichen „Alleingangs“ bestand in der Verpflichtung zum Tragen von Atemschutz-Masken, die in Jena ab dem 2. April 2020 und ab 14. April 2020 in Halle verordnet wurde.<sup>16</sup> Über Tage und Wochen hinweg wurde von den führenden Experten des Robert-Koch-Instituts und auch der WHO der Nutzen des ständigen Tragens von Atemschutzmasken verneint. Zu groß, so das Hauptargument, sei die Gefahr des sich Zu-Sicher-Fühlens durch das Tragen der Maske. Dadurch könnten Hygienevorschriften vernachlässigt werden. Ähnlich argumentiert die Wissenschaft auch in Bezug auf die Kontaktsperrungen. Entscheidend sei, so das Robert-Koch-Institut im jüngsten Pressebriefing, nicht das Zu-Hause-Bleiben, sondern das Einhalten der Hygienevorschriften. Diesen gegenteiligen oder anders gewichtenden Erklärungen der Virologie zum Trotz wurden von der Politik die Ausgangssperren verhängt und die Maskenpflicht vereinzelt angeordnet.

In der politischen Entscheidung sich von Beratern dadurch unabhängig zu machen, dass man trotz fehlender Kompetenz in der Sache die Empfehlungen der Experten selbstständig weiterdenkt und ausdeutet, ist ebenso ein Fall für die „ästhetische

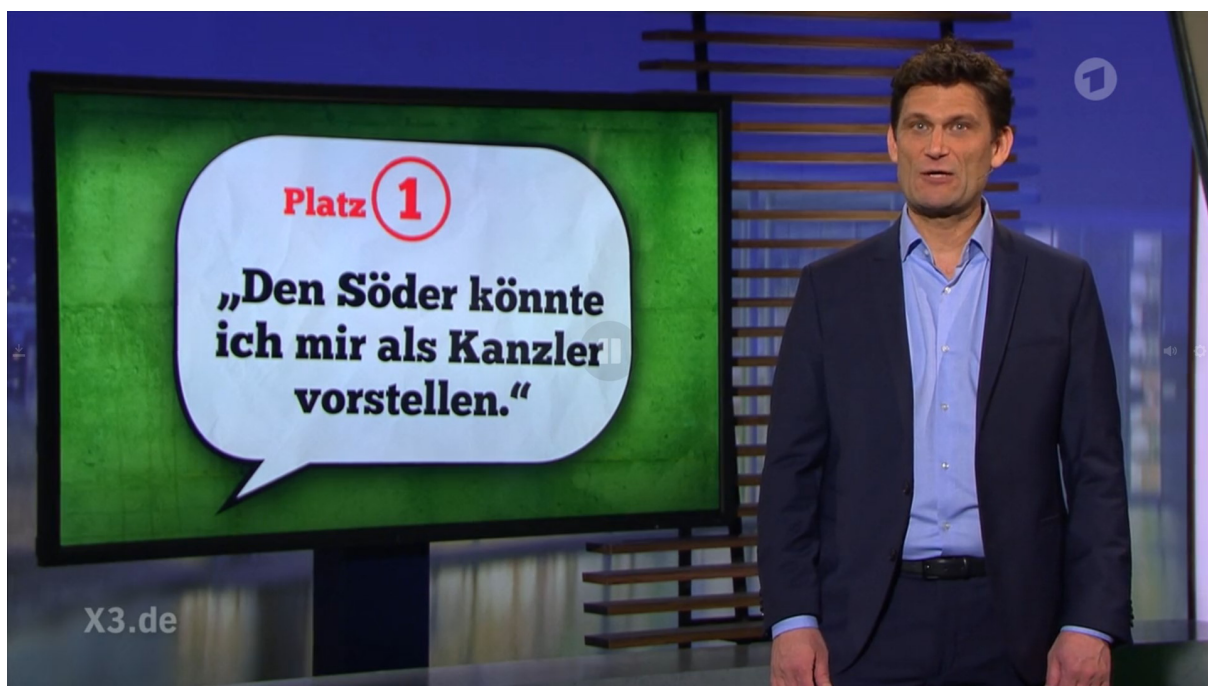
---

<sup>15</sup> Vgl. Reiner Burger, Timo Frasch, Mona Jaeger, Eckard Lohes, Rüdiger Soldt, Kontakt- oder Ausgangssperre. Das laute Knirschen zwischen Bund und Ländern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. März 2020, [https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/corona-krise-kontaktsperrung-oder-ausgehverbot-16691693.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/corona-krise-kontaktsperrung-oder-ausgehverbot-16691693.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2) – letzter Aufruf 16.04.2020.

<sup>16</sup> Vgl. Rune Weichert, „Maskenpflicht für ganz Deutschland? Jena macht vor, wie es funktioniert“, in: Stern, 14. April 2020, <https://www.stern.de/gesundheit/maskenpflicht-fuer-ganz-deutschland--so-funktioniert-sie-bereits-in-jena--9222616.html> - letzter Aufruf 16. April 2020.



Politik“ wie die Demontage der Wissenschaft als Institution durch den „genialen“ Instinkt Donald Trumps. Vor „ästhetischer Politik“ ist zu warnen, weil sich diese Art der Entscheidung jeglicher kritischer Nachprüfung entzieht, d.h. in ihrem Zustandekommen nicht kausal zurückverfolgt und nicht argumentativ abgewogen, sondern als Beschluss schlechthin nur abgelehnt oder hingenommen werden kann. Die Begründung einer solchen Entscheidung kann also allein darin liegen, dass ein Amtsinhaber oder eine Institution die Macht hat, sie zu fällen. Die zweifelhafte Autorität dieser Verantwortlichkeit kann in der wissenschaftlich-kritisch forschenden Medizin niemand für sich beanspruchen und in der rational sich zu rechtfertigenden Politik auch nicht, erst recht nicht unter den Bedingungen der von der Kommunikationsfähigkeit mit der Medizin abhängenden Bewältigung der Pandemie.



**Abb.5:** „Den Söder könnte ich mir als Kanzler vorstellen“ – Rubrik“ Zehn Sätze, die vor Corona undenkbar gewesen wären“ in der Satire-Sendung „extra drei“ (Moderator: Christian Ehring) am 16. April 2020, Videostill.

Dass politische Institutionen sich für ihr Handeln rechtfertigen können, also deren Entscheidungen als kausal folgerichtige Abwägungen zurückzuverfolgen und zu rekonstruieren sind, ist vor allem in der Corona-Krise geboten, zu deren Bewältigung wissenschaftliche Kompetenz unerlässlich ist, um eine gemeinsame Sprache von Politik und Wissenschaft zu ermöglichen. Andernfalls droht seitens der Politik, die

sich in der Krise als „Juniorpartner“ der Wissenschaft nicht genug ist, eine Art „intuitive Virologie“ der Härte. Diesem Ableger der „ästhetischen Politik“ wurden in Jena oder in Bayern Persönlichkeitsrechte geopfert.

Es bleibt abzuwarten, ob diese überzogene Strenge des Corona-„Shutdown“ in der Bevölkerung nicht so große Sehnsüchte auf Lockerungen dieser Zwangsbestimmungen geschürt hat, das darauf ebenfalls nur wieder mit „ästhetischer Politik“ reagiert werden kann. So oder so dürften in den nächsten Tagen und Wochen mit Blick auf den sozialen Frieden und auch auf die Wählerzustimmung die auf wissenschaftlichen Daten und Methoden basierenden Empfehlungen zur Erleichterung der Kontaktsperrungen durch die Virologie von der Politik gedeutet und interpretiert werden. Auch unter dieser weichen „intuitiven Virologie“ als „ästhetischer Politik“ könnte die Bevölkerung leiden.

*Dr. Jörg Probst ist Kunsthistoriker und Koordinator der interdisziplinären Forschungs- und Lehrplattform „Portal Ideengeschichte“ am Lehrbereich Politische Theorie und Ideengeschichte der Philipps-Universität Marburg.*